

Sitzungsunterlage ÖGB-Bundesvorstand 19. März 2009
Tagesordnungspunkt 5
Resolution

Beschluss

ENTWURF

Resolution des ÖGB-Bundesvorstands

Der Bundesvorstand des ÖGB hat bei seiner Sitzung am 19. März 2009 folgende Resolution beschlossen:

Viele Staaten auf der ganzen Welt investieren derzeit gigantische Summen an Steuergeldern, um Banken und Wirtschaft zu stabilisieren und die Krise abzumildern. Ungeregelte Finanzmärkte, Globalisierung, Deregulierung – diese Rezepte für wirtschaftlichen Erfolg und Aufschwung sind gescheitert und Geschichte. Nun muss aus der Krise gelernt und die Gelegenheit genutzt werden, um einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einzuleiten – hin zu mehr Regulierung der Finanzmärkte und hin zu einem Staat, der seine Verantwortung bei Daseinsvorsorge und Sozialpolitik wahrnimmt. Gleichzeitig muss klar sein, dass der Preis für die Bekämpfung der Krise und der jetzt nötigen Maßnahmen nicht Sozialabbau sein kann! Dagegen wird sich der ÖGB vehement zur Wehr setzen.

Laut Wirtschaftsprognosen wird auch in Österreich die Wirtschaftsleistung 2009 schrumpfen und 2010 nur wenig wachsen. In dieser Situation sind die Sicherung von Beschäftigung und die Sicherung der Sozialsysteme die wichtigsten Aufgaben der Politik. Der ÖGB-Bundesvorstand begrüßt daher grundsätzlich die vorgezogene Lohnsteuersenkung 2009, weil sie aus sozial- und konjunkturpolitischen Gründen dringend notwendig ist. Darüber hinaus wurden zwei Konjunkturpakete beschlossen, die vor allem Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen enthalten. Damit die Pakete wirken, müssen die darin enthaltenen Maßnahmen zügig und konsequent umgesetzt werden. Nur so können die positiven Impulse auch tatsächlich bereits im Konjunkturtief zu wirken beginnen. Konjunkturprogramme bringen keine wirtschaftlichen Impulse und sichern keine Arbeitsplätze, solange sie nur auf dem Papier existieren, der ÖGB fordert daher, die Umsetzung der schon beschlossenen Pakete umgehend zu beschleunigen.

Zusätzlich zu den bisher beschlossenen Konjunkturpaketen schlägt der ÖGB vor, eine Auffanggesellschaft zu etablieren. Sie soll Unternehmen unterstützen, die aufgrund der Krise insolvent werden, die aber mittel- und längerfristig überlebensfähig sein können.

Systemwechsel im Steuerbereich unumgänglich

Der ÖGB begrüßt die beschlossene Lohnsteuersenkung, bleibt aber bei seiner Forderung nach einem generellen Systemwechsel im Steuerbereich. Den Großteil der Steuerleistung tragen Lohn- und Mehrwertsteuern, also die ArbeitnehmerInnen und die KonsumentInnen. Das Vermögen in viel zu geringem Ausmaß zum Budget beitragen, bleibt auch nach der Steuersenkung inakzeptabel. Sowohl in Österreich

als auch in der EU und weltweit, muss es einen Systemwechsel geben. Die Besteuerung von Vermögenszuwächsen ist in Österreich beschämend niedrig, und auf europäischer/internationaler Ebene müssen mehrere Schritte erfolgen, darunter die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, das Schließen von Steueroasen oder das Verbot bestimmter rein spekulativer Derivate (z. B. Leerverkäufe).

Ende der Kreditblockade

Entscheidend für eine Stabilisierung der Wirtschaftslage ist, dass die Banken wieder mehr Kredite vergeben. Die Finanzierungsfunktion des Kreditapparates und des Kapitalmarktes muss umgehend wieder hergestellt werden. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurden dafür neue Instrumente geschaffen, die wirksam genutzt werden müssen. Dabei muss auf eine angemessene Verteilung der Risiken zwischen dem Staat und den privaten Eigentümern geachtet werden.

Die Regierung muss dafür sorgen, dass bei allen Kapitalmaßnahmen durch geeignete Auflagen (Einzelverträge zur Aufnahme von Partizipationskapital u. a.) sichergestellt wird, dass die Banken neue, zusätzliche Kredite geben, um so die „Kreditblockade“ zu beenden.

Mehr Geld zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur Armutsvermeidung

Als Folge von Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit erhöht sich der Finanzierungsbedarf des AMS. Die ausreichende budgetäre Bedeckung der Ausgaben für vermehrte Inanspruchnahme der Kurzarbeit ist daher dringend notwendig, denn Ziel ist Vermeidung von Arbeitslosigkeit.

Besonderes Augenmerk ist auf die Vermeidung bzw. Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zu richten, wobei vor allem die Gruppe der 20- bis 24-jährigen problematisch ist. Der Schlüssel zu sicheren Arbeitsplätzen liegt in Bildung und Qualifikation. Die Aufstockung der überbetrieblichen Ausbildungsplätze und die Umsetzung der Ausbildungsgarantie müssen auch in der Krise gewährleistet sein. Die Unternehmen müssen ebenfalls verstärkt in die Pflicht genommen werden, die Lehrlingsausbildung darf in der Krise nicht reduziert werden.

Zeitarbeitsstiftung rasch installieren

ZeitarbeiterInnen waren und sind die ersten Leidtragenden der Krise. Sie sind zwar seit dem Jahr 2002 durch einen eigenen Kollektivvertrag in gewissem Maß geschützt, aber von normalen Arbeitsstiftungen, die es für Unternehmen in Krisenzeiten gibt, derzeit noch ausgeschlossen. Der ÖGB fordert daher die schnelle Umsetzung der bereits geplanten Zeitarbeitsstiftung durch rasche Sicherstellung der Finanzierung.

Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich schaffen

Der Staat schnürt nun einerseits Konjunkturpakete, um die Wirtschaft anzukurbeln, andererseits wird beim Personal im eigenen Bereich massiv gespart. Angesichts der rasanten Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation fordert der ÖGB in Ergänzung zu den Konjunkturpaketen eine Neuausrichtung der Personalpolitik der öffentlichen Hand.

Die öffentliche Hand als größter Arbeitgeber des Landes muss in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit ihre beschäftigungspolitische Verantwortung wahrnehmen. Die Verfügung des Aufnahmestopps ist daher rückgängig zu machen, der beabsichtigte Personalabbau muss in die Phase des Konjunkturaufschwungs verlagert werden.

Beschäftigung in einigen Bereichen ausweiten: Der Personalabbau der vergangenen Jahre hat in verschiedenen Bereichen bereits zu Personalengpässen geführt. In

folgenden Bereichen sollen durch eine Ausweitung der Beschäftigung die Qualität der öffentlichen Leistungen sichergestellt, Zukunftschancen gewahrt und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden: Justiz, Polizei, Schulen, vorschulische Kinderbetreuung und Pflege.

Für eine Bildungsreform mit Zukunft

Der ÖGB hat sich in seinen Beschlüssen und gemeinsamen Stellungnahmen der Sozialpartner – zuletzt im Sozialpartnerpapier „Chance Bildung“ von Bad Ischl 2007 – immer für eine zukunftsorientierte Reform des Bildungssystems ausgesprochen. Vor allem die LehrerInnen haben in der Vergangenheit konstruktiv dazu beigetragen und die Reformen nicht zuletzt auch in der Realität – nämlich in den Klassenzimmern – umgesetzt. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern.

Eine Weiterentwicklung des österreichischen Bildungssystems muss den Kindern und Jugendlichen die besten Zukunftschancen bieten, aber auch für LehrerInnen Rahmenbedingungen schaffen, die zur Umsetzung nötig sind. Die Diskussion über unser Bildungssystem an zwei Stunden Lehrverpflichtung mehr oder weniger aufzuhängen, greift viel zu kurz.

Bildungsreformen können daher nicht alleine durch politische Versprechen und auf Kosten einer Berufsgruppe stattfinden. Wenn sich die Bundesregierung zu neuen Wegen in der Bildungspolitik bekennt, muss sie dafür auch die notwendigen Budgetmittel zur Verfügung stellen. Fortschritte dabei werden nicht alleine durch Umschichten von Geld innerhalb eines Ressorts, sondern vor allem durch zusätzliche Mittel erzielt.

Die Sozialpartnerschaft gilt auch im Bildungsbereich, Änderungen im Dienstrecht der Lehrerinnen und Lehrer dürfen daher auch hier nur im Einvernehmen mit den Betroffenen vorgenommen werden.

Der ÖGB-Bundesvorstand fordert konstruktive Gespräche – unter Einbeziehung aller Betroffenen und von ExpertInnen – zur Umsetzung der im Regierungsprogramm vereinbarten Reformen und deren Finanzierung.

Nichts rechtfertigt es mehr, ein Defizit in Kauf zu nehmen, als Investitionen in die Bildung, denn das sind Zukunftsinvestitionen. In diesem Zusammenhang lehnt der ÖGB das Ausspielen von Generationen gegeneinander massiv ab. Was jetzt in die Bildung investiert wird, sind nicht die Schulden unserer Kinder und Kindeskinde, sondern sinnvolle und nötige Investitionen, gerade auch in deren Zukunft.

Pensionen: Die erste Säule ist die wichtigste

Auch an der Pensionsvorsorge geht die Finanzkrise nicht spurlos vorbei. Die 2. und 3. Säule wurden durch politische Maßnahmen und Steuergeld massiv gefördert, jetzt werden sie durch zusammengebrochene Finanzmärkte dezimiert. Wie sich gezeigt hat, war es ein fataler Irrtum, auf den die Gewerkschaften immer aufmerksam gemacht haben, die private Pensionsvorsorge deregulierten, globalisierten, von Spekulationen dominierten Finanzmärkten ohne wirksame Regeln und Aufsicht zu überlassen.

Die staatliche Pensionsvorsorge wurde zugunsten der privaten reduziert, wenn man das Vertrauen der Menschen wieder herstellen will, dann muss die erste Säule der Altersvorsorge wieder aufgewertet und so gestaltet werden, dass sie den Lebensstandard der Menschen auf hohem Niveau und staatlich garantiert sichert.

Postämter: Hochwertige Versorgung sichern

Im Bereich der Post geht es dem ÖGB-Bundesvorstand darum, dass die Menschen auch in Zukunft eine funktionierende Versorgung mit Postdienstleistungen haben müssen. Mit dem bloßen Zusperrern von Postämtern wird das nicht gelingen, zumal die Postpartner nicht überall vollwertiger Ersatz sind. Auf ihre einseitigen Einsparungsankündigungen hat die Post schon im vergangenen Herbst breiten Widerstand der Belegschaft zu spüren bekommen. Hier geht es dem ÖGB darum, dass die Sozialpartnerschaft funktionieren muss. Aber auch die Regierung ist hier als Mehrheitseigentümerin der Post verantwortlich für die Beschäftigten und ihr Schicksal. Sie ist ebenso als Gesetzgeber gefordert, durch eine Novellierung des Postmarktgesetzes und eine geänderte Universaldienstverordnung für fairen Wettbewerb zu sorgen und die qualitativ hochwertige Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Ein Rosinenpicken im Postmarkt, bei dem sich private Anbieter nur die lukrativen Teile des Geschäfts heraus suchen, lehnt der ÖGB entschieden ab.

Zukunftsentwurf für einen Sozialstaat unter geänderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen, Gesundheitsreform, Pflege

Die Weiterentwicklung und Sicherung des Sozialstaates braucht gerade im Lichte der Finanzkrise und einer möglichen Rezession besonders hohe Aufmerksamkeit.

Der ÖGB-Bundesvorstand fordert folgende Maßnahmen, die sofort umgesetzt werden müssen:

- Vor allem in Zeiten wieder steigender Arbeitslosigkeit ist Armutsvermeidung besonders wichtig. Dafür muss rasch die bereits paktierte Mindestsicherung eingeführt werden
- Die Nettoersatzrate bei Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe muss auf mindestens 60 Prozent angehoben werden
- Mehr aktive Arbeitsmarktpolitik im Sinne von echter Qualifikation
- Gesundheitsreform und Krankenkassensanierung umsetzen
- Pflege und Betreuung über Trägervereine organisieren
- Maßnahmen gegen die hohe Armutsgefährdung von AlleinerzieherInnen und Geschiedenen
- Beitragsfreie Kinderbetreuungsplätze für Menschen mit geringen Einkommen (Erwerbsanreiz, Armutsvermeidung, Vorbereitung auf Schule, Spracherwerb)
- Finanzielle Sanierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)
- Pensionssystem: Evaluierung und Überarbeitung des Modells Österreich-Pension einer gerechten und unbefristeten Regelung für Personen, die 45 bzw. 40 Jahre gearbeitet haben unter Einbeziehung einer abschlagsfreien Schwerarbeitsregelung, Schließen der Lücken in der derzeitigen Regelung, damit mehr Menschen realistische Chancen haben auch 40/45 Jahre zu erreichen etc.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie die Systeme der sozialen Sicherheit langfristig gesichert und ausgebaut werden können:

- In einer sich wandelnden Gesellschaft bekommt die gesetzliche und soziale Absicherung von lebensphasengerechten Arbeitszeiten (Elternteilzeit, Bildungskarenz, Sabbatical, Recht auf Teilzeit und Rückkehr in Vollzeit) eine immer größere Bedeutung.
- Neue Finanzierungsmöglichkeiten für die Krankenversicherung: z. B. Wertschöpfungsabgabe.

- Ganzheitliche Steuerung in der Sozialversicherung in die Wege leiten – das darf aber nicht zu Privatisierung, Ausgliederung der eigenen Einrichtungen und zu Kostenwettbewerb unter den Spitälern führen.
- Zur Abdeckung neuer sozialer Risiken steuerfinanzierten Pflegefonds einführen.

Es muss sichergestellt werden, dass die jetzt entstehenden Kosten langfristig nicht durch Sparmaßnahmen gegenfinanziert werden, die zu Sozialabbau führen.

Neben der Sicherung der Sozialsysteme müssen auch die Leistungen der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand außer Frage gestellt werden. Mit Liberalisierungen in existenzsichernden Bereichen muss Schluss gemacht werden, denn sie sind eine ernsthafte Bedrohung für die Versorgung der Menschen mit grundlegenden Leistungen wie Wasserversorgung, Energie, Bildung oder Gesundheit, auf die sie ein Anrecht haben.

Neues Arbeitsrecht und Qualität der Arbeit

Der ÖGB-Bundesvorstand fordert, den ArbeitnehmerInnen-Begriff auf die wirtschaftliche Abhängigkeit auszuweiten. Auch freie DienstnehmerInnen müssen unter den Schutz des Arbeitsrechts gestellt werden. Die Möglichkeit, Kollektivverträge zu verhandeln, ist auf freie DienstnehmerInnen auszuweiten. Wir brauchen einen neuen, einheitlichen ArbeitnehmerInnen-Begriff, der die Flucht vieler Unternehmen aus dem Arbeitsrecht verhindert. Gleichzeitig wollen wir den „Angestelltenbegriff“ durch Verankerung im Arbeitsverfassungsgesetz ganz klar beibehalten. Sonderregelungen für einzelne ArbeitnehmerInnengruppen sind, wenn das sachlich gerechtfertigt und geboten ist, beizubehalten. Die Ausweitung atypischer, sozial nicht ausreichend abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse lehnt der ÖGB ab.

Migration und Integration

Die Wirtschaftskrise wird sich auch auf den bevorstehenden EU-Wahlkampf auswirken. Schon finden populistische Politiker Schuldige an der krisenbedingten Arbeitslosigkeit – nämlich ausländische ArbeitnehmerInnen. Dabei stehen in der Krise ausnahmslos alle ArbeitnehmerInnen auf derselben Seite. Der ÖGB-Bundesvorstand verwehrt sich daher vehement gegen jegliche ausländerfeindliche Tendenzen, die nun im Zuge der Krise verstärkt auftreten. Dem kann man nur mit kluger Sozialpolitik und umfassender Integrationspolitik begegnen.

Gesamtgesellschaftlich muss Integration vor allem beim Bildungssystem ansetzen. Dafür ist eine Bildungsoffensive für Kinder der 1., 2. und 3. Generation der Einwanderinnen und Einwanderer notwendig. Das Bildungssystem muss aber auch als gesamtes durchlässiger werden. Das Pilotprojekt „gemeinsame Schule“ ist dafür ein wichtiger Schritt. Wenn die Gesellschaft und das Bildungssystem durchlässiger sind, gibt es weniger geschlossene Bevölkerungsgruppen und mehr Integration.

Der ÖGB begrüßt die Verlängerung der Übergangsfristen bis 2011, denn es wäre sozialpolitisch und menschlich unverantwortlich, Menschen, die jetzt in der wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeit zu uns kommen, keine Perspektive geben zu können. Arbeitsmarktpolitisch sollten wir uns dennoch umgehend auf die Öffnung des Arbeitsmarkts für ArbeitnehmerInnen aus den neuen Mitgliedsländern vorbereiten, unter anderem mit Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping.